

"Was in Polen auf dem Spiel steht" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (28. Oktober 1989)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 28.10.1989, Nr. 251/43 D. Frankfurt/Main. "Was in Polen auf dem Spiel steht", auteur:Stürmer, Michael , p. 1.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/was_in_polen_auf_dem_spiel_steht_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_28_oktober_1989-de-a4acc78f-83be-408a-a6e0-a0813e84d573.html



Publication date: 14/10/2015

Was in Polen auf dem Spiel steht

Was in Polen geschieht und noch geschehen wird, hat Bedeutung für alle Nachbarn. Deshalb reicht es nicht, den polnischen Demokraten alles Gute zu wünschen. Die Frage ist heute nicht, ob der Westen helfen kann oder helfen will. Es ist eine Forderung des aufgeklärten Selbstinteresses der westlichen Staaten, voran der Bundesrepublik Deutschland, dass Polens Demokratie ein Erfolg wird und dass Polen eine soziale Marktwirtschaft entwickelt, die auf Dauer die Demokratie trägt und stärkt. Denn was immer in Polen geschieht, das gesamte europäische Schachbrett wird, zum Besseren oder zum Schlechteren verändert.

Für die Sowjetunion war es, als die polnische Entwicklung zur Demokratie sich in den letzten Monaten unerwartet überstürzte, ein Stück Rückversicherung, dass die Kommunisten im Spiel blieben, dass die Frage der Paktzugehörigkeit ungestellt blieb und dass für den Fall des Falles auch westlich der Oder noch Divisionen stehen – und nach wie vor sind es nicht wenige. Es gab da Regeln des Osteuropäischen Spiels, die allen Beteiligten bewusst waren und sind, ohne dass sie ausgesprochen werden müssen: Die polnische Führung verzichtete auf jede Politik, die der Kreml als Bedrohung hätte empfinden können und die damit die entscheidende Bedingung der polnischen Evolution – Gorbatschows Revolution von oben – hätte gefährden müssen. Der Kreml verzichtete auf die Breschnew-Doktrin, ließ aber erkennen, dass es eine Schmerzgrenze gibt.

Die Geschichte kennt viele Beispiele, in Polen und anderswo, dass Demokratien scheitern können an der Wirtschaftsmisere. Es gibt keine Garantie, dass Demokratie zu wirtschaftlicher Blüte führt, und man kann sich fragen, wie lange die neue Regierung überhaupt noch Zeit hat, die dringend notwendige Einschnitte in das Wirtschaftsleben und die Umstellung des Währungssystems zu vollziehen – die internationale Abdeckung wird dringend notwendig sein, ja lebenswichtig, ohne dass der Wähler die neue demokratische Regierung für die schmerzhaften Folgen verantwortlich macht. Aber eines ist deutlich: ohne Demokratie geht es nicht.

Glückt Polens Wagnis nicht, dann wird niemand darüber glücklicher sein als die Regierung in Ost-Berlin. Diese wird dann auf das verweisen, was sie die Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik nennt, und sie wird sich in ihrer Starrheit bestätigt fühlen. Die deutsche Frage, die in Bewegung ist, wird damit verhärtet und es wird wieder kälter in Europa. Was in Polen geschieht, ist für die deutsche Frage wichtiger als das, was in der DDR geschieht.

Den glückt Polens Aufbruch, hält die Bevölkerung durch und siegt Hoffnung über Verzweiflung, dann sind die Rückwirkungen auf die Sowjetunion stark, auf die DDR noch stärker. Damit stellt sich früher oder später die Frage, was für die Sowjets noch Sinn ihrer massiven Militärpräsenz an der Elbe sein soll: die Versorgungslinien sind überdehnt, der Riegel des Imperiums ist nutzlos geworden, die Bedrohung Westeuropas hat keinen Abstützungspunkt mehr und keine politische Funktion. Die Rüstungskontrolle findet hier Ziel und Mittel politischer Gestaltung. Damit aber kann und muss sich das Gefüge neu ordnen, in dem die DDR steht. Zwischen Elbe und Oder hat dann der innere Kompromiss nicht nur eine Chance: ein neuer Sozialvertrag, Rechtsstaat und Verfassung, die diesen Namen verdienen, werden unausweichlich.

Das Interesse der Bundesrepublik geht in diesem Zusammenhang weit über den wirtschaftlichen Aufbau und den militärischen Abbau hinaus. Es geht um die deutsche Frage. Das stalinistische Gespenst des deutschen Revanchismus hat ausgedient. Ein Deutschland, das in Europa eingebunden ist und im atlantischen Bündnis, ist – geteilt oder ungeteilt – für Polen Rückhalt und nicht Bedrohung. Die europäischen Deutschen hält man in Polen für unentbehrlich; zu den deutschen Deutschen bleiben gemischte Gefühle. Die Schlüsselrolle der Bundesrepublik kann deshalb diesem Zusammenhang nur europäisch vermittelt sein: das ist für beide Seiten besser so, schon aus historischen Gründen.

Das demokratische Polen aber wird weder am deutschen Selbstbestimmungsrecht vorbeisehen können noch an der Hoffnung, einen westlichen Nachbarn zu haben, der in Politik und Wirtschaft nicht Denkmal der Vergangenheit ist. Was über die wirtschaftliche Kooperation und Rüstungskontrolle hinaus erforderlich bleibt und was die Bundesrepublik leisten kann, liegt in der politischen Bildungswirkung der geschlossenen Verträge. Wer sie in Frage stellen wollte, mutete nicht nur den Nachbarn viel zu, er versperrte auch den Weg

zu jeder neuen deutschen Konfiguration. Nichts ist wichtiger für das deutsch-deutsche Rapprochement als die berechnete Aussicht der Nachbarn, dass dies nicht gegen ihre Interesse geht. Polen hat darin eine Schlüsselrolle.

Adenauers *Ceterum censeo* war es, dass der Weg zur Lösung der deutschen Frage über Westeuropa geht. Heute hat er zum ersten Mal auch in Osteuropa eine Chance. Dem demokratischen Polen zu helfen – nicht durch Geschenke, sondern durch Rat und Tat und zu ernsthaften Bedingungen – ist ein Stück großer europäischer Gestaltung und zugleich aufgeklärtes deutsches Selbstinteresse.